



Motionenbericht 2005

Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate

a) Motionen

1 Neuer Teilplan Verkehr

erheblich erklärt am 3. April 2001; Fälligkeit 29. Juni 2006

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie er einen neuen Teilplan Verkehr nach den heutigen Anforderungen und künftigen Entwicklungen realisieren will.

Der „Teilplan Verkehr“ wird Teil des neuen Richtplanes darstellen, der gemeinsam für die Bereiche Siedlung, Verkehr und Landschaft ausgearbeitet wird. Gleichzeitig wird auch das neue Planungsreglement als kommunale Rechtsgrundlage für diese Planungen gesamthaft revidiert. Zur gleichen Thematik gehören deshalb die Motion „Erschliessung der Bauzonen“ (Nr. 2) und „Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) - Basis für Direktzahlungen“ (Nr. 3). Diese drei Motionsaufträge sind gemeinsam im Rahmen der Richtplanung zu behandeln und zu erfüllen.

In den bisherigen Vorbereitungen des neuen Richtplans wurden zunächst die Grundlagen für die drei Bereiche aufgearbeitet und aufeinander abgestimmt. Eine umfassende Situationsanalyse mit den Stärken und Schwächen in Bezug auf die Situation in der Stadt St.Gallen wurde dann, basierend auf den aktualisierten Grundlagen, erstellt und in der Baukommission des Grossen Gemeinderats und in der Begleitkommission für die Richtplanung diskutiert. Sodann legte die Bauverwaltung einen ersten Entwurf für „Grundzüge der räumlichen Entwicklung“ vor, die die Leitideen, das politische Fundament und die Rahmenbedingungen für die eigentliche nachfolgende Richtplanung darstellen sollen. Dieser Entwurf wurde wiederum in der Baukommission, der Begleitkommission und mit Vertretern aus der Wirtschaft diskutiert. In diesen Diskussionen wurde vor allem zur Verkehrs- und Siedlungsent-



wicklung in bestimmten Punkten Kritik geäussert, der Entwurf wurde daraufhin nochmals überarbeitet. Der Stadtrat diskutierte im Januar 2005 die neu erarbeiteten Grundlagen für die Richtplanung und legte das weitere Vorgehen fest. Die Direktion Bau und Planung erstellt nun eine Vorlage an das Stadtparlament, die die nötigen Festlegungen für die materielle Richtplanung und die Anträge für die erforderlichen Kredite enthalten wird. Diese Vorlage soll dem Stadtparlament in diesem Sommer unterbreitet werden.

Die Frist wurde letztes Jahr für zwei Jahre verlängert.

2 Erschliessung der Bauzonen

erheblich erklärt am 18. September 2001; Fälligkeit 29. Juni 2006

Der Stadt wird deshalb beauftragt, im Sinne eines Erschliessungsprogramms gemäss Raumplanungsgesetz aufzuzeigen, welche Bauzonen, wann, auf welche Art, mit welchen planerischen und finanziellen Mitteln erschlossen und baureif gemacht werden. Gemäss Art. 2 des städtischen Planungsreglements ist dieses Erschliessungsprogramm als Bestandteil des Teilplanes Erschliessung und Versorgung dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

Es wird auf die Ausführungen zu Ziff. 1 „Neuer Teilplan Verkehr“ verwiesen.

3 LandschaftsEntwicklungsKonzept (LEK) - Basis für Direktzahlungen

erheblich erklärt am 18. September 2001; Fälligkeit 29. Juni 2006

Der Stadtrat wird daher eingeladen, dem Gemeinderat so rasch wie möglich ein LandschaftsEntwicklungsKonzept zur Beratung und Beschluss zu unterbreiten.

Es wird auf die Ausführungen zu Ziff. 1 „Neuer Teilplan Verkehr“ verwiesen.

4 Verbesserung der Lebensqualität an stark belasteten Gemeindestrassen in Wohngebieten

erheblich erklärt am 20. November 2001; Fälligkeit 29. Juni 2005

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat ein Projekt für eine Umgestaltung einer stark befahrenen Gemeindestrasse vorzuschlagen. Dabei soll die Wahl auf eine Gemeindestrasse mit bestmöglichem Aufwand/Nutzenverhältnis fallen. Das Projekt soll als Beispiel für Folgeprojekte auch auf Staatsstrassen herangezogen werden können.

Nach einem intensiven partizipativen Planungsprozess für die Umgestaltung der als geeignetes Objekt bestimmten LämmliBrunnenstrasse mit einer Mitarbeit von



Quartiervertreterinnen und Quartiervertretern ist nun die Ausarbeitung des Strassenprojektes abgeschlossen. Die Vorlage an das Stadtparlament ist in Vorbereitung.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Motionsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

5 Bürgerfreundlicheres Verfahren bei den Schutzinventaren

erheblich erklärt am 19. März 2002; Fälligkeit 29. Juni 2005

Der Stadtrat wird beauftragt, für die zu schützenden Objekte aus dem Inventar der schützenswerten Bauten 1920 – 1970 und gleichzeitig auch aus den Inventaren der schützenswerten Bauten ausserhalb der Altstadt sowie der schützenswerten Bauernhäuser eine Schutzverordnung zu erlassen.

Nach dem Abschluss der Rechtsverfahren zur neuen Bauordnung und der nun vorliegenden Klärung in Bezug auf die Bestimmungen über die Altstadt und die Ortsschutzbildgebiete konnte die Vorbereitung der Schutzverordnung eingeleitet werden.

Die Umsetzung der bisherigen Inventare, die keine Rechtswirkung und keine Verbindlichkeit hatten, in rechtsverbindliche Schutzverordnungen bedingt eine umfassende Überprüfung und teilweise Neuerarbeitung der Grundlagen. Die bestehenden, grösstenteils rund dreissigjährigen Inventargrundlagen genügen den Anforderungen an eine Schutzverordnung nicht. Der Stadtrat hat deshalb den Kredit für eine gesamthafte Prüfung, Ergänzung und neue Fundierung der Liste der schützenswerten Kulturobjekte erteilt. Diese Arbeiten sind derzeit im Gange und sollen in der ersten Hälfte 2006 abgeschlossen sein. Anschliessend sind auf der Grundlage der Ergebnisse der Abklärungen die Schutzobjekte ausserhalb der Altstadt vom Stadtrat zu bestimmen und in eine entsprechende Schutzverordnung zu integrieren. Diese Schutzverordnung ist sodann öffentlich aufzulegen und den betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern sowie den dazu legitimierten Organisationen (v.a. Heimatschutz) die Einsprachemöglichkeit zu eröffnen. Dabei kann sowohl gegen die Aufnahme wie auch gegen die „Nichtaufnahme“ eines Objektes in die Schutzverordnung Rechtsmittel eingelegt werden. Angesichts der Zahl der Objekte – mehrere Hundert – ist mit einer grossen Zahl von Einsprachen und mit aufwendigen Verfahren zu rechnen. Erst nach dem Abschluss der Einspracheverfahren und den entsprechenden Einspracheentscheiden wird das Stadtparlament zur Schutzverordnung und damit zur Motionserfüllung Stellung nehmen können. Eine zeitliche Frist für diese Abläufe ist derzeit nicht absehbar.

Wir beantragen Ihnen, die Frist zur Motionserfüllung des Motionsauftrages um drei Jahre zu verlängern.



6 Parkplatzbewirtschaftung für städtisches Personal inkl. Lehrkräfte

erheblich erklärt am 24. Juni 2003; Fälligkeit 24. Juni 2005

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht und Antrag zu stellen, wie er die Parkplatzbewirtschaftung für das Personal der städtischen Verwaltung und der Lehrkräfte durchführen möchte.

Eine erste Erarbeitung des Themas ist erfolgt und vom Stadtrat zur Kenntnis genommen worden. Die erforderliche Inventarisierung der Parkierungsmöglichkeiten auf Grundstücken der Stadtverwaltung konnte noch nicht durchgeführt werden. Die Beantwortung der Motion ist für Ende 2005 vorgesehen.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Motionsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

7 Partizipations-Reglement

erheblich erklärt am 27. April 2004; Fälligkeit 27. April 2006

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat Bericht und Antrag für ein Partizipationsreglement vorzulegen.

Art. 3 Abs. 2 der neuen Gemeindeordnung ermöglicht es, Institutionen von Personen ohne Stimmrecht durch ein Partizipationsreglement die Möglichkeit einzuräumen, einen Vorstoss beim Parlament einzureichen. In der politischen Diskussion waren vor allem Jugendliche sowie Ausländerinnen und Ausländer gemeint. Im Kanton St.Gallen befindet sich zur Zeit der Dachverband der Ausländerinnen und Ausländer im Aufbau. Der Impuls für dessen Gründung ist vom Kanton ausgegangen. Die entsprechenden Strukturen sollen jedoch von den Migrantinnen und Migranten selber geschaffen werden (Grundsatz der Selbstorganisation). Nach der Beurteilung der Integrationsfachleute ist es am zweckmässigsten, für die Partizipation der Ausländerinnen und Ausländer in der Stadt St.Gallen auf diesen Strukturen aufzubauen. Es drängt sich deshalb im Interesse der Sache auf, mit der Vorlage des städtischen Partizipationsreglements einstweilen zuzuwarten, bis sich der Dachverband der Ausländerinnen und Ausländer gebildet hat.



b) Postulate

8 Konzeption und Neugestaltung des Marktplatzes, unter Einbezug des Taubenloches und des Blumenmarktes

erheblich erklärt am 19. Mai 1998; Fälligkeit 1. Juli 2005

Der Grosse Gemeinderat hat im Rahmen der Beratung über die neuen Marktstände dieses Postulat noch nicht abgeschrieben, verlangt sind zusätzliche Abklärungen und Berichterstattungen zur Situation, zu den Planungen und zu den Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich Marktplatz, Taubenloch und Blumenmarkt. Diese Abklärungen sind im Gange, u.a. auch im Zusammenhang mit der Verkehrssituation und den verkehrlichen Verbesserungsmöglichkeiten in diesem Altstadtteil. Dem Stadtparlament soll demnächst Bericht erstattet werden.

Wir beantragen Ihnen, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

9 Kulturplatz am Stadtpark

erheblich erklärt am 22. Juni 1999 in der Form eines Postulates mit folgendem geändertem Wortlaut; Fälligkeit 29. Juni 2005

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie die verkehrliche Situation im Museumsquartier als Wohn- und Kulturgebiet verbessert werden kann. Zu prüfen ist namentlich eine neue Ausfahrt (und eventuell auch Einfahrt) der Brühltor-Garage direkt auf eine Strasse des übergeordneten Netzes. Die entsprechenden Kosten sollen von der Parkgarage AG und der Stadt bzw. der Spezialfinanzierung für Parkplätze und Parkhäuser anteilmässig getragen werden.

Mit der Verlegung der Ausfahrt Museumstrasse in die neue Ein- und Ausfahrt Torstrasse im Rahmen des Projektes für die Erweiterung der Parkgarage Unterer Brühl ist ein Teil des Postulats erfüllt worden. Im Rahmen dieser Projektierung wurde ein „Masterplan“ ausgearbeitet, der ein Konzept für die Freiraumgestaltung in diesem Gebiet beinhaltet. Derzeit werden die Anschlussmassnahmen an die Neugestaltung und Wiederinstandstellung des Unteren Brühl mit der Ausdehnung der Neukonzeption auch auf den Kulturplatz vorbereitet. Die Berichterstattung zum Postulat erfolgt demnächst.

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung dieses Postulats um ein Jahr zu verlängern.



10 Wildnispark Goldacher Tobel

erheblich erklärt am 4. April 2000; Fälligkeit 29. Juni 2005

Der Stadtrat wird eingeladen, in Koordination mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton eine Schutzverordnung zu erarbeiten.

Die Federführung und die Koordination für diese neue Schutzverordnung liegt beim Kanton. Der Stadtrat hat die städtische Mitwirkung geregelt und für den städtischen Kostenanteil einen Beitrag beschlossen. Trotz verschiedener Nachfragen von Seiten der Stadt war der Kanton aus Kapazitätsgründen aber auch dieses Jahr nicht in der Lage, die Arbeiten auszuführen.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um zwei Jahre zu verlängern.

11 Verbesserung der Lebensqualität an stark belasteten Staatsstrassen

erheblich erklärt am 20. November 2001; Fälligkeit 29. Juni 2005

Der Stadtrat wird beauftragt, sich beim Kanton mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass der Kanton auf den stark befahrenen Staatsstrassen Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität umsetzt und dem Grossen Gemeinderat darüber Bericht zu erstatten.

Auch für die Umgestaltung der Zürcherstrasse wurde zusammen mit dem Kanton eine partizipative Planung mit dem Quartier durchgeführt. Die Projektierungsarbeiten sind nun auch hier beendet, dem Stadtparlament wird demnächst ein koordiniertes Strassen-, Werkleitungs- und Kanalprojekt vorgelegt.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

12 Oberirdische Fussgänger Verbindung vom Bohl zum Kulturviertel

erheblich erklärt am 20. November 2001; Fälligkeit 29. Juni 2005

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie im Bereich Brühltor / Torstrasse ein oberirdischer Fussgängerübergang verwirklicht werden kann.

Derzeit wird das Projekt für eine umfassende Sanierung sowie auch eine wesentliche Attraktivitätssteigerung der Fussgängerunterführung ausgearbeitet. Die Projektierung soll noch dieses Jahr abgeschlossen werden. Dem Stadtparlament wird anschliessend dieses Projekt mit Kreditantrag vorgelegt, gleichzeitig wird das Postulat auf dieser Grundlage beantwortet.



Es wird beantragt, die Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

13 Konzept für eine familien- und kinderfreundliche Stadt

erheblich erklärt am 19. März 2002; Fälligkeit 29. Juni 2005

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie er die Angebote zur Förderung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien besser koordinieren will.

Der Postulatsbericht wird noch im Juni 2005 unterbreitet.

14 Schulsozialarbeit in Kindergarten und Primarschule

erheblich erklärt am 18. Juni 2002; Fälligkeit 29. Juni 2005

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten, ob, unter Berücksichtigung der vorhandenen städtischen und privaten Angebote, eine Verstärkung der Sozialberatung auf Primarschulstufe und im Kindergarten notwendig ist.

Der Postulatsbericht wird noch im Juni 2005 unterbreitet.

15 Begleitende Massnahmen zur Verwirklichung des Bundesverwaltungsgerichtes

erheblich erklärt am 19. November 2002; Fälligkeit 19. November 2004

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen und Bericht zu erstatten, welche begleitenden Massnahmen im Zusammenhang mit dem Bundesverwaltungsgericht er als zweckmässig betrachtet, und wie er diese umzusetzen gedenkt.

Der Postulatsbericht ist dem Stadtparlament mit der Vorlage betreffend Standortbeitrag betreffend Neubau des Bundesverwaltungsgerichts zugeleitet worden.

16 Planung der notwendigen Kapazität der Stadtautobahn

erheblich erklärt am 26. November 2002; Fälligkeit 26. November 2004

Der Stadtrat wird eingeladen, im Rahmen der Richtplanung und in Zusammenarbeit mit dem Bund und dem Kanton zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und allenfalls welche Massnahmen zur Vermeidung von Kapazitätsengpässen auf der Stadtautobahn und zur Sicherstellung der Entlastungswirkung für das städtische Netz erforderlich sind.



Die erforderlichen Strategien und Massnahmen werden von der Stadt im Rahmen des Richtplanes erarbeitet. Die auf städtischer Seite zweckmässigen Strategien werden nach den entsprechenden Grundsatzfestlegungen der Richtplanung entwickelt.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

17 Jugendarbeit im Zentrum

erheblich erklärt am 23. September 2003; Fälligkeit 23. September 2005

Im Sinne einer Ergänzung der bestehenden Angebote des Jugendsekretariates wird der Stadtrat beauftragt, Möglichkeiten von gezielter Jugendarbeit im Zentrum zu prüfen und Bericht über konkrete Massnahmen zu erstatten.

Der Postulatsbericht wird im Sommer 2005 unterbreitet.

18 Rollpark für Skater

erheblich erklärt am 25. November 2003; Fälligkeit 25. November 2005

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wo und wie ein Rollpark für Skater, Inliner und BMX-ler realisiert werden kann.

Die Standortevaluation steht vor dem Abschluss. Eine Projektskizze mit Kostenschätzung wird erstellt. Darauf abgestützt soll bis im Herbst 2005 der Postulatsbericht erstellt sein.

19 Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende

erheblich erklärt am 25. November 2003; Fälligkeit 25. November 2005

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und allenfalls Antrag zu stellen, ob und wie er Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende bereit stellen, die Ausbildung der Kinder und Jugendlichen sowie die Selbstorganisation in den Unterkünften verbessern möchte.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird noch in diesem Jahr dem Stadtparlament unterbreitet.



20 Altstadt-Ringbus

erheblich erklärt am 15. Juni 2004; Fälligkeit 15. Juni 2006

Der Stadtrat wird unabhängig vom Bericht zum Teilplan Verkehr beauftragt, Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen, wann und wie er im Sinne der Empfehlung der Altstadttrunde einen Ringbus um die Altstadt planen und umzusetzen gedenkt, der einerseits die südliche Altstadt besser an den öffentlichen Verkehr anbindet und andererseits die (südliche) Altstadt für Einkaufende und Besuchende attraktiver macht.

Der Stadtrat hat die Priorität auf die Ergänzung des Ortsverkehrs gesetzt. Das Stadtparlament hat am 23. November 2004 einen dreijährigen Versuchsbetrieb nach Oberhofstetten und die Übernahme der ungedeckten Kosten von jährlich 285'000 Franken gutgeheissen. Die ersten Ergebnisse dieses Versuchsbetriebs sind abzuwarten.

21 Beirat

erheblich erklärt am 15. Juni 2004; Fälligkeit 15. Juni 2006

Der Stadtrat wird beauftragt, im Rahmen der Ausführungsbestimmungen einen solchen Beirat vorzusehen. Dabei ist bei der Zusammensetzung die fachliche Kompetenz und Unabhängigkeit von Stadt und Region wichtig.

Die Beantwortung des Postulates erfolgt im Rahmen der abschliessenden Vorlage zur Bauordnung und Zonenplan an das Stadtparlament im Sommer 2005.

22 Deutsch – kein Hindernis mehr für die Berufswahl

erheblich erklärt am 23. November 2004; Fälligkeit 23. November 2006

Der Stadtrat wird gebeten, einen kurzen, in den entscheidenden Punkten griffigen Kurzbericht zu verfassen, in dem die Machbarkeit, die daraus erwachsenden Chancen, sowie die ersten finanziellen Aufwendungen grob zu ermitteln sind.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

23 Eignungsprüfung vor Schuleintritt

erheblich erklärt am 15. Februar 2005; Fälligkeit 15. Februar 2007

Der Stadtrat wird eingeladen aufzuzeigen, welche Massnahmen ergriffen werden müssen, selber ergriffen werden können und wie die Differenz zwischen „müssen und können“ geschlossen werden kann, um einen fairen Schulstart zu fördern. Zudem soll er aufzeigen, welche finanziellen Konsequenzen ein solches Förderprogramm nach



sich zieht, aber auch, wie viel Einsparpotential man dank verbesserter Integration und besserer schulischer Leistungen mittel- bis langfristig erwarten könnte.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

24 Aufbau und Unterstützung der Förderangebote im Vorkindergartenalter

erheblich erklärt am 15. Februar 2005; Fälligkeit 15. Februar 2007

Der Stadtrat wird eingeladen aufzuzeigen,

- 1) wie er bestehende Frühförderungs- und Frühintegrationsangebote fördern, unterstützen und erweitern will
- 2) wie er (in Zusammenarbeit mit Ausländerorganisationen) wenig integrierte Familien dazu bringen kann, diese Angebote zu nutzen.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

25 Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Agglomerationsgemeinden und der Stadt St.Gallen

erheblich erklärt am 15. März 2005; Fälligkeit 15. März 2007

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht und allenfalls Antrag zu stellen, wie er künftig eine wirksamere Aufgabenerfüllung und einen wirtschaftlicheren Mitteleinsatz in einer stärkeren Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden angehen will.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

26 Leistungsauftrag für die Stiftung St.Galler Museen

Erheblich erklärt am 26. April 2005; Fälligkeit 26. April 2007

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und dem Stadtparlament Bericht zu erstatten, ob und gegebenenfalls mit welchem Inhalt mit der Stiftung St.Galler Museen eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen sei.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.



Anträge

1. Von diesem Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Bei den nachstehenden parlamentarischen Vorstössen werden die Fristen zur Erfüllung der Aufträge wie folgt verlängert:
 - Nr. 4 Verbesserung der Lebensqualität an stark belasteten Gemeindestrassen in Wohngebieten um ein Jahr
 - Nr. 5 Bürgerfreundlicheres Verfahren bei den Schutzinventaren um drei Jahre
 - Nr. 6 Parkplatzbewirtschaftung für städtisches Personal inkl. Lehrkräfte um ein Jahr
 - Nr. 8 Konzeption und Neugestaltung des Marktplatzes, unter Einbezug des Taubenloches und des Blumenmarktes um ein Jahr
 - Nr. 9 Kulturplatz am Stadtpark um ein Jahr
 - Nr. 10 Wildnispark Goldacher Tobel um zwei Jahre
 - Nr. 11 Verbesserung der Lebensqualität an stark belasteten Staatsstrassen um ein Jahr
 - Nr. 12 Oberirdische Fussgänger Verbindung vom Bohl zum Kulturviertel um ein Jahr
 - Nr. 16 Planung der notwendigen Kapazität der Stadtautobahn um ein Jahr

Der Stadtpräsident:
Hagmann

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke

